

## Stadtverwaltung Weimar

|                            |  |
|----------------------------|--|
| <b>Drucksachen-Nr.</b>     | <b>2022/198/F</b>                          |
| <b>Einreicher:</b>         | <b>CDU, Weimarwerk Bürgerbündnis - FDP</b> |
| <b>Datum der Sitzung:</b>  | <b>21.09.2022</b>                          |
| <b>Status der Sitzung:</b> |  |
| <b>beantwortet durch:</b>  | <b>Stadtwirtschaft GmbH</b>                |

- Es gilt das gesprochene Wort -

### Auswirkungen 9-Euro-Ticket auf Stadtwirtschaft Weimar

Das 9-Euro-Ticket war ein einmaliges und auf die Monate Juni, Juli und August 2022 begrenztes Sonderangebot. Es galt deutschlandweit in Bussen und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

Frage 1: Welche Auswirkungen hatte das 9-Euro-Ticket auf das Fahrgastaufkommen der Stadtbusse in Weimar?

#### Antwort:

Das 9 Euro Ticket führte zu einer starken Erhöhung der Fahrgastzahlen. Im Zeitraum Juni bis August 2021 konnten wir 1.315.390 Fahrgäste befördern. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2022 waren es 2.130.167. Dies entspricht einer Steigerung von 814.777 Fahrgästen oder ca. 62 %. Mit Ende des 9 Euro Tickets sanken die Fahrgastzahlen wieder deutlich ab. Ein Vergleich der Fahrgastzahlen der ersten Woche im September mit der letzten Woche des August ergab einen Rückgang der Fahrgastzahlen von ca. 40.000 Fahrgästen pro Woche. Meist waren die vorhandenen Kapazitäten ausreichend. In der Hauptverkehrszeit waren diese Kapazitäten teilweise erschöpft, so dass vereinzelt Fahrgäste nicht befördert werden konnten.

Frage 2: Welche finanziellen Auswirkungen hatte das 9-Euro-Ticket für die Stadtwirtschaft Weimar und ggf. für den Haushalt der Stadt Weimar?

Antwort:

Durch das vergünstigte 9 Euro Ticket sanken die Fahrgeldeinnahmen der Stadtwirtschaft deutlich ab. Im Zeitraum Juni bis August 2019 (Vergleichsjahr zur Berechnung der Minder-einnahmen) wurden Einnahmen in Höhe von ca. 1.355.000 € erzielt. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2022 konnten noch ca. 655.000 € Fahrgeldeinnahmen erzielt werden. Dies entspricht einem Rückgang von 700.000 € oder ca. 52 %. Der Bund übernimmt diese Fahrgeldausfälle auf Antrag der Aufgabenträger. Diese Anträge wurden bereits gestellt. Eine Abschlagszahlung in Höhe von 60 % der Fahrgeldausfälle in Höhe von 420.000 € wurde bisher ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % (280.000 €) werden mit der Endabrechnung im Jahr 2024 ausgezahlt.

Somit entsteht der Stadtwirtschaft zwar kein finanzieller Schaden, es muss jedoch eine Vorfinanzierung des verbleibenden Defizits bis zum Jahr 2024 erfolgen.